

## Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Willfried Penner, Gerd Wartenberg (Berlin), Günter Graf, Angelika Barbe, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Gerlinde Hämmerle, Marianne Klappert, Fritz Rudolf Körper, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Uwe Lambinus, Dorle Marx, Peter Paterna, Bernd Reuter, Gudrun Schaich-Walch, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Johannes Singer, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Günther Tietjen, Jochen Welt, Dr. Hans de With, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

### Lage der Polizei in der Bundesrepublik Deutschland

Aufgabe der Polizeien des Bundes und der Länder im demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland ist der Schutz der Inneren Sicherheit und die Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung. Der gesetzliche Auftrag der Polizei umfaßt neben den Aufgaben im Straßenverkehr vor allem die Bekämpfung der Kriminalität und des Terrorismus. In den letzten Jahrzehnten ist die Polizei zunehmend auch in das Spannungsfeld öffentlicher Auseinandersetzungen hineingezogen worden. Dabei wird ihr vorrangig die Last der Durchsetzung umstrittener politischer Entscheidungen aufgebürdet. Damit erscheint die Polizei für viele Bürgerinnen und Bürger unseres Staates als politischer Gegner und wird nicht selten Objekt des Unmuts und der Aggression.

Besondere Probleme ergeben sich beim Aufbau einer demokratischen, bürgernahen und leistungsstarken Polizei in den fünf neuen deutschen Ländern. Die Situation der Inneren Sicherheit in diesen Bundesländern ist gekennzeichnet durch eine verunsicherte Polizei, wachsende Kriminalität, große Probleme bei der Regelung des Straßenverkehrs und eine zunehmende Unsicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Mit der Großen Anfrage wird das Ziel verfolgt, die gegenwärtige Lage der Polizei und zukünftige Entwicklungen umfassend darzustellen und einer politischen Debatte zuzuführen.

Wir fragen die Bundesregierung:

#### *I. Lage der Inneren Sicherheit und der Polizei in den alten Bundesländern*

1. Wie haben sich die Aufgaben der Polizeien des Bundes und der Länder seit Verabschiedung des „Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ im Jahr 1974 entwickelt?

- a) Im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung im allgemeinen,
  - b) bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität,
  - c) bei der Bekämpfung des Terrorismus,
  - d) im Zusammenhang mit Demonstrationen,
  - e) im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen.
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung in den Bereichen
    - Umweltkriminalität
    - Wirtschaftskriminalität
    - Computerkriminalität
    - Prävention
    - Personen- und Objektschutz,und was gedenkt sie im Zusammenwirken mit den Ländern zu tun?
  3. Wie werden sich nach Auffassung der Bundesregierung angesichts der demographischen Entwicklung und neuer Kriminalitätsformen die Aufgaben der Polizeien des Bundes und der Länder entwickeln?
  4. Wie hat sich die Personalsituation seit Verabschiedung des „Programms für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ im Jahr 1974 beim
    - Bundesgrenzschutz
    - Bundeskriminalamtentwickelt, und wie stellt sich die Situation aufgeschlüsselt nach mittlerem, gehobenem und höherem Dienst dar?
  5. Wie hat sich die Zahl der Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeiter beim Bundesgrenzschutz und beim Bundeskriminalamt seit 1974 entwickelt?
  6. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, daß Angehörige der Sicherheitsbehörden des Bundes wegen ihres geringen Einkommens Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz dauernd oder auf Zeit in Anspruch nehmen müssen, bzw. mangels angemessenen Wohnraums in Notunterkünften untergebracht werden?
  7. Welche Entscheidungen oder Planungen der Landesregierungen zur Funktionsbewertung in der Polizei sind der Bundesregierung bekannt, und wie beurteilt sie diese Bewertungen im Hinblick auf eine etwaige Übertragung auf die Polizei des Bundes?
  8. Welche Polizeidichte hält die Bundesregierung für notwendig, um die Innere Sicherheit zu gewährleisten?
  9. Wie haben sich die seit 1974 eingetretenen Arbeitszeitverkürzungen für die Angehörigen der Polizeien des Bundes und der Länder auf die regelmäßige Arbeitszeit ausgewirkt, und wie wird von der Bundesregierung die künftige Entwicklung beurteilt?

10. Welchen Stand haben die Vorarbeiten für eine Fortschreibung des „Gemeinsamen Sicherheitsprogramms des Bundes und der Länder“ erreicht, und ist sichergestellt, daß auch die Polizeien der fünf neuen Bundesländer mit einbezogen werden?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern im Bereich der Inneren Sicherheit, insbesondere angesichts der Tatsache, daß der Bundesgrenzschutz künftig die Aufgaben der Bahnpolizei und der Sicherheit auf den Flughäfen übernehmen soll?
12. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Bundesgrenzen bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit zu, und welche Ausgleichsmaßnahmen sind bei Wegfall der Grenzkontrollen erforderlich, im einzelnen gegenüber den Schengener Vertragsstaaten sowie gegenüber Dänemark, Österreich, der Schweiz, Polen und der ČSFR?
13. Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, nach Wegfall der Grenzkontrollen zu den Schengener Vertragsstaaten 100prozentige Sichtvermerkskontrollen an den Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland einzuführen?
14. Wie hat sich seit 1974 die Zahl privater Sicherheitsunternehmen (Schwarze Sheriffs) in den alten Bundesländern entwickelt, wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Privatisierung in diesem Bereich, und wie stellt sich die Entwicklung in den neuen fünf Ländern dar?
15. Wie hat sich seit 1974 das Polizeirecht der Länder und des Bundes entwickelt, und wie soll nach Auffassung der Bundesregierung sichergestellt werden, daß das Polizeirecht unter Einbeziehung der fünf neuen Länder vereinheitlicht wird?
16. In welchem Maß ist das vom Bundesverfassungsgericht geforderte Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ im Bereich polizeilicher Tätigkeit und insbesondere im Polizeirecht gesichert worden?
17. In welchem Umfang ist der Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann bei den Polizeien des Bundes und der Länder durchgesetzt worden, und in welchen Fällen werden weiblichen Polizeiangehörigen Qualifikationsmöglichkeiten aufgrund bestimmter Hindernisse bei der dienstlichen Verwendung vorenthalten?
18. Worin liegen nach Auffassung der Bundesregierung die Ursachen dafür, daß die Mithilfe der Bevölkerung bei der Aufklärung von Straftaten und im Bereich der Prävention offensichtlich nachgelassen hat, und was beabsichtigt die Bundesregierung insoweit zu tun?

*II. Zukunft des Bundesgrenzschutzes*

1. Welche sicherheitspolitischen Aufgaben soll der Bundesgrenzschutz (BGS) nach Auffassung der Bundesregierung in Zukunft übernehmen, und wie ist die Haltung der Bundesländer hierzu?
2. Welche Personalstärke, aufgeschlüsselt nach Vollzugs- und Verwaltungsbeamten, Angestellten und Arbeitern, hält die Bundesregierung in Zukunft für erforderlich?
3. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Organisationsstruktur des Bundesgrenzschutzes zu verändern und ggf. wie?
4. Soll nach Auffassung der Bundesregierung der Bundesgrenzschutz auch künftig in Verbänden organisiert sein, und wie groß sollen diese Verbände sein?
5. Welche Standorte sind für den Bundesgrenzschutz zukünftig vorgesehen, und nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung diese Standorte ausgewählt?
6. Beabsichtigt die Bundesregierung, den Kombattantenstatus des Bundesgrenzschutzes und den Namen „Bundesgrenzschutz“ abzuschaffen?
7. Wie stellt sich die gegenwärtige Verweildauer der BGS-Beamten in den Verbänden dar, und wie viele BGS-Beamte verlassen den Bundesgrenzschutz während der Ausbildungsphase bzw. während der Verweildauer in den BGS-Verbänden, und welche Gründe werden dabei vorgebracht?
8. Welches zukünftige Berufsbild soll nach Auffassung der Bundesregierung der Beamte im Bundesgrenzschutz haben?
9. Beabsichtigt die Bundesregierung, das Bundesgrenzschutzgesetz zu novellieren, und wenn ja, wann ist damit zu rechnen?

Bonn, den 19. Juni 1991

**Dr. Willfried Penner**  
**Gerd Wartenberg (Berlin)**  
**Günter Graf**  
**Angelika Barbe**  
**Hans Gottfried Bernrath**  
**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**  
**Gerlinde Hämmerle**  
**Marianne Klappert**  
**Fritz Rudolf Körper**  
**Walter Kolbow**  
**Dr. Klaus Kübler**  
**Uwe Lambinus**  
**Dorle Marx**  
**Peter Paterna**

**Bernd Reuter**  
**Gudrun Schaich-Walch**  
**Wilhelm Schmidt (Salzgitter)**  
**Gisela Schröter**  
**Rolf Schwanitz**  
**Bodo Seidenthal**  
**Johannes Singer**  
**Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast**  
**Günther Tietjen**  
**Jochen Welt**  
**Dr. Hans de With**  
**Dr. Peter Struck**  
**Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion**